

Analyse der Ereignisse

Eine wissenschaftliche Betrachtung der Vorwürfe hybrider psychologischer Einflussnahme

Tina Loosli & Nicolas Sebastian Loosli
(1989–2025)

Executive Summary

Dieser Bericht präsentiert eine umfassende Rekonstruktion der Ereignisse um Tina und Nicolas Loosli im Zeitraum von 1989 bis 2025, basierend auf einem Dossier bereitgestellter Dokumente. Die Zeitleiste ist in distinkte Phasen gegliedert, wie sie im Quellenmaterial identifiziert wurden: (1) Grundlegende Ereignisse, Erbstreitigkeiten und soziale Isolation; (2) Berufliche und finanzielle Destabilisierung; (3) Eskalation auf staatlicher Ebene und justizielle Instrumentalisierung; sowie (4) Administrative Strangulierung und systemische Obstruktion.

Die Analyse offenbart ein konsistentes Muster mutmasslich koordinierter, multidimensionaler Operationen, an denen Privatpersonen, Unternehmenseinheiten und staatliche Akteure beteiligt sind und die scheinbar über informelle Netzwerke koordiniert werden. Zu den zentralen Erkenntnissen gehören Vorwürfe systematischer medizinischer Vernachlässigung, beruflicher Sabotage, Erb- und Vermögensdelikte, schwerwiegender Beweismittelmanipulation durch Strafverfolgungsbehörden und der Instrumentalisierung administrativer und justizieller Verfahren. Die Quelldokumente charakterisieren diese Vorkommnisse kollektiv als eine Kampagne "hybrider psychologischer Kriegsführung", die Taktiken der *Zersetzung* und des *Gaslighting* anwendet. Das übergeordnete Ziel der Operation wird als die "Dekonstruktion der Selbstwahrnehmung" und der "induzierte Kollaps des Selbstbildes" beschrieben, um die Zielperson zur Aufgabe zu zwingen.

Der Bericht synthetisiert diese Ereignisse und Analysen, um eine einzige, konsolidierte Referenz zum Verständnis des vollen Umfangs der Vorwürfe und der zu ihrer Untermauerung vorgelegten Beweise zu schaffen.

Teil I: Chronologische Rekonstruktion der Ereignisse

Dieser Teil bildet das narrative Rückgrat des Berichts. Jedes Ereignis wird detailliert mit Datum, Akteuren, einer Beschreibung und Quellenangaben dargestellt, um eine nachvollziehbare und belegbare Chronologie zu gewährleisten.

Kapitel 1: Vorläufer und grundlegende Ereignisse (1989 – 2020)

1.1 Tina Looslis frühe Krankengeschichte: Ein Muster von Fehldiagnosen und Vernachlässigung

Die vorgelegten Dokumente stellen die langjährige Krankengeschichte von Tina Loosli als ein grundlegendes Element ihrer Vulnerabilität und als einen potenziellen frühen Vektor der Manipulation dar. Diese medizinische Vorgeschichte bildet einen entscheidenden Kontext für die späteren Ereignisse, da sie eine jahrzehntelange Phase der Schwächung und Abhängigkeit von medizinischen Institutionen beschreibt.

Die Aufzeichnungen beginnen in ihrer Kindheit, in der chronische parasitäre Infektionen, insbesondere Echinokokkose (Fuchs- und Hundebandurm) und Fasziole (Leberegel), als lebenslange Leiden dokumentiert sind. Trotz dieser zugrunde liegenden Erkrankungen wurde ihr Leidensweg von einer anderen Diagnose dominiert. Am 20. Dezember 1989 wurde bei einer ersten dokumentierten Koloskopie eine "diskrete ödematöse und hämorrhagische Proktitis" festgestellt. Nachfolgende endoskopische Untersuchungen am 18. Dezember 1990 und 2. September 1991 zeigten eine "schwer granulierende chronische Colitis" und eine "chronische unspezifische Colitis", wobei bereits zu diesem frühen Zeitpunkt Nebenwirkungen auf das Medikament Salofalk vermerkt wurden.

Über fast drei Jahrzehnte hinweg wurde diese Symptomatik als Colitis ulcerosa fehldiagnostiziert. Diese Diagnose führte zu einer Reihe von Krankenhausaufenthalten, darunter im Spital Zollikerberg (28. August bis 9. September 2003) und im Kantonsspital Winterthur (27. Juni bis 12. Juli 2006),

jeweils aufgrund akuter Schübe von blutigem Durchfall und Anämie. Ein medizinisches Gutachten vom 28. November 2024 widerlegt diese langjährige Diagnose jedoch kategorisch mit dem Vermerk: "**CAVE:** Insbesondere kein Hinweis auf Colitis ulcerosa".

Die vorliegenden Analysen rahmen diesen 28-jährigen Zeitraum der Fehldiagnose und der Behandlung mit einem mutmasslich unwirksamen und schädlichen Medikament nicht als einfachen medizinischen Irrtum, sondern als einen bewussten "zentralen Baustein" der Operationen. Es werden Parallelen zu MKUltra-Experimenten gezogen, bei denen medizinische Einrichtungen als Deckmantel für psychologische Manipulationen dienten. Diese Interpretation legt nahe, dass ein fundamentaler Aspekt von Tina Looslis Leben – ihre Gesundheit – mutmasslich kontrolliert und geschädigt wurde, lange bevor die offeneren Angriffe begannen. Dies schuf eine entscheidende Grundlage induzierter Vulnerabilität, eine Schlüsselvoraussetzung für spätere psychologische Operationen.

1.2 Tina Looslis beruflicher Hintergrund als potenzielles Motiv

Die Dokumente liefern entscheidende Informationen über Tina Looslis Hintergrund, die ein mögliches Motiv für die Kampagne gegen sie beleuchten. Ihre langjährige Präventionsarbeit und ihre tiefgehenden Recherchen könnten sie für bestimmte Interessengruppen zu einer unbequemen Person gemacht haben.

- **Langjährige Präventionsarbeit:** Über zwei Jahrzehnte (ca. 1994–2014) leistete Tina Loosli intensive Aufklärungs- und Präventionsarbeit für Partygänger. Sie verfasste zwei E-Books ("Partyfood" 2005, "MH!" 2013), die kostenlos über Plattformen wie Eve&Rave vertrieben wurden und hunderttausende Downloads erreichten.
- **Journalistische Recherchen:** Für ihr zweites Buch führte sie 2011-2012 umfassende Recherchen zum Drogenhandel durch, um dessen Mechanismen zu verstehen und wirksame Präventionsstrategien zu entwickeln.
- **Mögliches Motiv:** Ihr tiefgehendes Wissen über die Strukturen des Drogenhandels könnte sie zu einer Bedrohung für etablierte Netzwerke gemacht haben. Die polizeiliche Falschbehauptung, das "La Reina del Flow 2"-Logo sei "seit 20 Jahren bekannt", wird in diesem Kontext als gezielter Versuch interpretiert, ihre frühere Aufklärungsarbeit

fälschlicherweise in eine Beteiligung am Drogenhandel umzudeuten und sie so zu diskreditieren.

1.3 Erb- und Vermögensdelikte (2011–2014)

Ein weiterer früher Vektor der Destabilisierung manifestierte sich auf finanzieller und familiärer Ebene. Im Mai 2011, kurz nach ihrem Umzug nach Berlin, wurde Tina Loosli aufgefordert, eine notarielle Vollmacht auszustellen, die ihre Schwester zur Unterzeichnung eines Vertrags in ihrem Namen ermächtigte. Dieser Vertrag wurde als Regelung dargestellt, die sicherstellen sollte, dass das Erbe ihres Stiefvaters zunächst an ihre Mutter und erst nach deren Tod an die Kinder verteilt würde. Später stellte sich heraus, dass es sich faktisch um einen Erbverzichtsvertrag handelte, durch den sie getäuscht und enterbt wurde.

Zwischen 2013 und 2014 folgten weitere Vermögensumschichtungen innerhalb der Familie, bei denen Immobilien und Unternehmensanteile auf ihren Bruder und ihre Schwester übertragen wurden, um steuerliche Konsequenzen im Zusammenhang mit einem möglichen US-Pass der Mutter zu vermeiden. Diese Handlungen werden als geplante Erb- und Vermögensdelikte interpretiert, die darauf abzielten, Tina Loosli finanziell zu schwächen und von familiären Ressourcen abzuschneiden.

1.4 Phase I: Familiäre Warnungen und soziale Isolation (2018 – 2020)

Diese Phase markiert den Beginn der mutmasslichen Kampagne, charakterisiert durch direkte Drohungen aus dem engsten Familienkreis und den Beginn der sozialen und beruflichen Isolation. Diese Ereignisse werden in den Dokumenten als gezielte psychologische Konditionierung dargestellt.

Im Jahr 2018 warnten die Eltern (Ernst & Tamara Loosli) und der Bruder (Robert Loosli) Tina und Nicolas Loosli explizit vor einer "koordinierten Kampagne". Sie verwendeten dabei den spezifischen Begriff einer "neuen Form hybrider psychologischer Kriegsführung" und drohten Nicolas Loosli mit dem Entzug seiner ärztlichen Approbation sowie mit sozialer und finanzieller Isolation. Diese Drohungen waren nicht vage, sondern spezifisch und vorausschauend. Der Umstand, dass die Familie selbst einen derart hochentwickelten Begriff verwendete, deutet darauf hin, dass sie

entweder eine Botschaft übermittelte oder selbst über entsprechendes Wissen verfügte.

Die Drohungen eskalierten im Jahr 2019, als der Bruder, Robert Loosli, eine unmissverständliche telefonische Drohung aussprach: "Verlasst die Schweiz, oder es folgen Konsequenzen". Diese direkte Einschüchterung zielte darauf ab, eine akute Bedrohungslage zu schaffen und die Zielpersonen zur Flucht zu bewegen.

Unmittelbar nach diesen Drohungen manifestierten sich reale Konsequenzen. Zwischen 2019 und 2020 erlebte Nicolas Loosli an seinem Arbeitsplatz in der Praxis Dr. Kern Mobbing und finanzielle Unregelmässigkeiten. Dieses Verhalten soll sich drastisch geändert haben, nachdem Dr. Kern dem Kiwanis-Club beigetreten war.

Diese Abfolge von Ereignissen wird nicht als gewöhnlicher Familienstreit dargestellt, sondern als die "Mind-Seeding"- und "Angst-Konditionierungsphase" einer geplanten Operation. Sie diene dazu, die Zielpersonen von ihrem primären Unterstützungssystem zu isolieren und die Glaubwürdigkeit der Drohung zu untermauern. Dies entspricht einer klassischen Taktik der *Zersetzung*, die darauf abzielt, soziale und familiäre Stützpfeiler zu zerstören, um die psychologische Widerstandsfähigkeit des Ziels zu schwächen.

Kapitel 2: Berufliche und finanzielle Destabilisierung (2020 – Anfang 2024)

2.1 Die Affäre Seegarten Klinik: Wirtschaftliche Sabotage und Rufmord

In dieser Phase verlagerte sich der Angriffsschwerpunkt von der sozialen auf die wirtschaftliche Ebene, wobei die berufliche Existenz von Nicolas und Tina Loosli an der Seegarten Klinik AG systematisch untergraben wurde.

Zwischen 2020 und 2024 kam es zu einer systematischen Lohnvorenthaltung in Höhe von schätzungsweise 100'000 bis 200'000 CHF sowie zu Manipulationen bei den Abrechnungen. Es kam zu unrechtmässigen Geldtransfers von Nicolas Looslis Gehaltskonto direkt auf das Privatkonto des Chefarztes, Dr. John van Limburg Stirum. Nachdem Nicolas Loosli diese Missstände aufgedeckt hatte, wurde ihm gekündigt. Als Hauptakteure werden der Geschäftsführer Christoph Erich Marti und Chefarzt Dr. John van Limburg Stirum identifiziert. Parallel dazu wurde das Gehalt von Tina Loosli

bereits nach sechs Monaten ohne Rechtsgrundlage eingestellt, obwohl ihr Arbeitsvertrag weiterhin gültig war.

Ein entscheidender Moment ereignete sich im Jahr 2023. Als Christoph Erich Marti mit Beweisen für Buchhaltungsbetrug konfrontiert wurde, soll er den Zusammenhang der Ereignisse mit "Methoden der psychologischen Kriegsführung" bestätigt und auf involvierte Netzwerke, insbesondere Kiwanis, verwiesen haben. Diese mutmassliche Insider-Bestätigung ist ein zentrales Element der vorgelegten Analyse, da sie einen scheinbar gewöhnlichen Arbeitskonflikt explizit mit dem ausserordentlichen Vorwurf einer koordinierten psychologischen Kampagne verknüpft und das mutmassliche koordinierende Organ benennt.

Gleichzeitig wurde eine Rufmordkampagne gegen Tina Loosli betrieben, bei der Patienten durch die Klinikleitung mit manipulierten Erzählungen beeinflusst wurden, um sie sozial zu isolieren und ihr berufliches Fortkommen zu sabotieren.

Im Jahr 2024 wurde zudem ein gezielter Angriff auf die berufliche Integrität von Nicolas Loosli gestartet. Der Chefarzt der Seegarten Klinik reichte eine fingierte Meldung bei der Ärztesgesellschaft (AGZ) wegen angeblich nicht geleisteten Notfalldienstes ein. Nicolas Looslis Kontaktdaten im System wurden manipuliert, sodass er keine Benachrichtigungen erhielt. Chefarzt John van Limburg Stirum übernahm den Dienst unter seinem Namen und meldete Nicolas Loosli anschliessend pflichtwidrig. Das Ziel war die Zerstörung seiner beruflichen Reputation und der Entzug seiner Approbation, was die Erfüllung der 2018 von der Familie ausgesprochenen Drohung bedeutet hätte.

2.2 Instrumentalisierung der Gesundheitsdirektion

Als letzte Eskalationsstufe der beruflichen Angriffe meldete der Gefängnisgesundheitsdienst (GZW) Nicolas Loosli nach Tina Looslis Entlassung bei der kantonalen Gesundheitsdirektion. Am 14. Mai 2025 eröffnete die Behörde ein Verfahren gegen ihn mit den Vorwürfen, er habe seine Frau ohne Berufsausübungsbewilligung behandelt und eine gefährliche "Off-Label"-Medikation verordnet. Dabei wurde die Diagnose der Echinokokkose angezweifelt, weil Standard-Bildgebungen fehlten – obwohl der Behörde bekannt war, dass diese aufgrund einer Kontrastmittelallergie nicht möglich waren. Dieser Schritt wird als Versuch gewertet, die berufliche Existenz und den Ruf eines Arztes auf Basis von Halbwahrheiten und konstruierten Vorwürfen endgültig zu vernichten.

Kapitel 3: Eskalation auf staatlicher Ebene und justizielle Instrumentalisierung (Mitte 2024 – Ende 2024)

3.1 Die Verhaftung und Inhaftierung von Tina Loosli

Die Ereignisse eskalierten dramatisch mit der direkten Intervention des staatlichen Zwangsapparats. Diese Phase beschreibt die Verhaftung, die Haftgründe und den mutmasslichen Machtmissbrauch durch Polizei und Staatsanwaltschaft.

Der Zeitpunkt der Verhaftung ist von besonderer Bedeutung. Im Sommer 2024 begann Tina Loosli eine kurative Therapie für ihre langjährig fehldiagnostizierte Echinokokkose, eine potenziell lebensrettende Behandlung. Kurz darauf erstattete die Stadtammännin von Adliswil, Frau Rückstuhl, eine Strafanzeige ohne erkennbare rechtliche Grundlage, was zu einer polizeilichen Untersuchung ohne konkreten Tatverdacht führte.

Am 19. Oktober 2024 wurde Tina Loosli von der Zürcher Polizei (namentlich wird der Beamte Dannacher genannt) ohne vorbestehenden Tatverdacht verhaftet. Die Umstände der Verhaftung werden als unprofessionell beschrieben; eine Beamtin soll zitternd und mit dem Finger am Abzug mit einer Waffe auf Tina Loosli gezielt haben. Zudem gab der Polizist Dannacher ihr einen Zettel mit seiner Nummer und der Aufforderung zur geheimen Kontaktaufnahme. Die Dokumente legen den Verdacht einer Tatprovokation durch einen informellen Polizeimitarbeiter nahe.

Von Oktober bis November 2024 wurde sie in Untersuchungshaft gehalten. Als offizieller Haftgrund wurde "Kollusionsgefahr" angegeben. Diese Begründung wird in den Unterlagen als fadenscheinig dargestellt, da die Polizei selbst Details des Falles an die Medien durchsickern liess und damit die angebliche Gefahr der Verdunkelung selbst widerlegte. Der zuständige Staatsanwalt wird als Mlaw N. Rey von der Staatsanwaltschaft Zürich-Limmat identifiziert.

Die zeitliche Nähe der Verhaftung zum Beginn der essenziellen medizinischen Behandlung legt nahe, dass die Unterbrechung dieser Behandlung ein strategisches Ziel und nicht nur eine zufällige Folge der Verhaftung gewesen sein könnte. Die rechtliche Grundlage für die Haft wird als Vorwand dargestellt, was darauf hindeutet, dass das Justizsystem für andere Zwecke als die Wahrheitsfindung instrumentalisiert wurde – nämlich zur Einschüchterung und zur gesundheitlichen Schädigung.

3.2 Medizinische Vernachlässigung in Haft und resultierende Gesundheitskrise

Die Dokumente erheben den schweren Vorwurf der gezielten gesundheitlichen Zerstörung von Tina Loosli während ihrer staatlichen Obhut.

Während ihrer Inhaftierung im Gefängnis Zürich West (GZW) zwischen Oktober und November 2024 wurde Tina Loosli die Fortsetzung ihrer kritischen Echinokokkose-Therapie sowie eine adäquate gluten- und laktosefreie Ernährung systematisch verweigert, obwohl ihre Haftfähigkeit nur unter dieser Bedingung bestätigt worden war. Dies führte zu einer drastischen Verschlechterung ihres Gesundheitszustands.

Am 3. November 2024 erlitt sie als direkte Folge dieser medizinischen Vernachlässigung einen Nicht-ST-Hebungsinfarkt (NSTEMI). Daraufhin versuchte der Gefängnisarzt, sie zur Unterzeichnung einer Haftungsentbindung für den Todesfall zu bewegen, was sie verweigerte. Ihr medizinischer Bericht vom 28. November 2024, dokumentiert eine "akute medizinische Notfallsituation". Die Diagnosen umfassen den Verdacht auf ein Tumorlyse-Syndrom im Rahmen der antiparasitären Therapie, eine mögliche Lungenembolie oder eine akute Pankreatitis. Der Bericht fordert ihre sofortige Entlassung aus der Untersuchungshaft, um die lebensrettende Behandlung fortsetzen zu können, auf die sie zuvor gut angesprochen hatte.

Der Staat, der mit der Inhaftierung die Verantwortung für die Gesundheit von Tina Loosli übernommen hatte, soll diese Fürsorgepflicht bewusst verletzt haben, indem er bekannte und notwendige Behandlungen vorenthielt. Diese mutmassliche Unterlassung hatte eine direkte, katastrophale und medizinisch dokumentierte Folge. Dies wird als der brutalste Vektor der Kampagne dargestellt: "physische Zerstörung & Folter". Der Fall bewegt sich damit von Vorwürfen der Schikane und rechtlichen Manipulation hin zu mutmasslicher Lebensgefährdung durch staatliche Akteure, was eine schwere Verletzung der Menschenrechte darstellt, insbesondere des Verbots unmenschlicher Behandlung gemäss Artikel 3 der EMRK.

3.3 Beweismittelmanipulation und mediale Desinformation

Im Zentrum der juristischen Auseinandersetzung stehen die Vorwürfe der systematischen

Beweismittelfälschung durch die Zürcher Polizei. Diese Handlungen werden nicht nur als Versuch der Irreführung eines Gerichts, sondern als psychologische Operation dargestellt.

Am 26. Oktober 2024 wurde eine mediale Desinformationskampagne gestartet. Ein Polizeibeamter, Dannacher, soll in einer unzulässigen Doppelrolle als Journalist (unter dem Namen Kaspar Schwarzenbach für *20 Minuten*) agiert haben. In diesem Rahmen wurde die Falschinformation verbreitet, das auf sichergestellten Gegenständen befindliche Logo "La Reina del Flow 2" sei "seit 20 Jahren bekannt". Tatsächlich wurde die zweite Staffel dieser kolumbianischen Telenovela erst 2021 ausgestrahlt, was die Behauptung chronologisch unmöglich macht.

Darüber hinaus dokumentiert das Dossier ein Muster systematischer Beweismittelmanipulation durch die Zürcher Polizei, das sich von August 2023 bis November 2024 erstreckt:

- **Wiederverwendung von Falschgeld:** Falschgeld, das am 28. August 2023 im Rahmen eines sogenannten "Rip-Deals" sichergestellt wurde, soll im Fall Loosli im Oktober 2024 als Beweismittel wiederverwendet worden sein. Eine Medienmitteilung der Kantonspolizei Zürich vom 30. August 2023 bestätigt tatsächlich die Sicherstellung von 250'000 Franken Falschgeld bei einem Rip-Deal an diesem Datum.
- **Quantitative Diskrepanzen:** Beweisfotos sollen nur etwa 25-30 % der behaupteten Geldsummen zeigen, was auf eine bewusste Irreführung hindeutet.
- **Interne Kennzeichnung:** Die Dateinamen der entsprechenden Beweisfotos sollen explizit als "Sichergestelltes Bargeld" gekennzeichnet worden sein, was auf eine interne Kenntnis der Manipulation schliessen lässt.

Die Vorgehensweise ist bemerkenswert. Es wird nicht nur der Vorwurf erhoben, dass Beweismittel gefälscht wurden, sondern dass öffentlich bekanntes Falschgeld recycelt und chronologisch unmögliche Narrative konstruiert wurden. Die angebliche Nutzung eines Polizisten als Journalist zur Verbreitung dieser Desinformation schafft eine zirkuläre Logik: Der Staat kreiert den "Fakt" und nutzt die Medien, um ihn zu validieren. Die Offensichtlichkeit der Fälschungen dient dabei selbst als psychologische Waffe. Sie soll nicht primär ein Gericht täuschen, sondern die Zielpersonen demoralisieren, indem die absolute Kontrolle der Täter über die offizielle Realität demonstriert wird. Das Beweismittel selbst wird zur Botschaft – ein Akt des institutionellen Gaslightings, der darauf abzielt, Hilflosigkeit zu erzeugen und den Glauben an objektive Wahrheit und einen fairen Prozess zu zerstören.

3.4 Ausfall der rechtlichen Verteidigung

Die staatlich bestellte Pflichtverteidigerin soll mit der Anklage kollaboriert haben, wodurch Tina Loosli faktisch ohne effektive Verteidigung blieb.

Im November 2024 soll die Pflichtverteidigerin, RA Severine Haferl, das Anwaltsgeheimnis verletzt haben, indem sie vertrauliche Informationen an die Polizei weitergab. Diese Informationen wurden anschliessend genutzt, um eine gezielte Hausdurchsuchung durchzuführen. Während der Hausdurchsuchung am 7. November 2024 wurde der Spürhund gezielt zu Orten geführt, die Tina Loosli nur ihrer Anwältin anvertraut hatte. Eine Hundeführerin bemerkte daraufhin: "Da war ja gar nichts, wo die Anwältin uns gesagt hat", was den Verrat belegt. Darüber hinaus soll sie eine mehrmonatige Inhaftierung ihrer eigenen Mandantin beantragt und fälschlicherweise behauptet haben, Tina Loosli sei mit dem Abbruch ihrer lebenswichtigen Therapie einverstanden.

Das Recht auf ein faires Verfahren, wie es in Artikel 6 der EMRK verankert ist, hängt fundamental von einer effektiven und loyalen Rechtsvertretung ab. Die Dokumente legen dar, dass dieses Grundrecht von innen heraus durch die Person untergraben wurde, die zu seinem Schutz bestellt war. Dies vervollständigt die mutmassliche Übernahme des Justizverfahrens. Mit einer kompromittierten Verteidigung, einer voreingenommenen Anklage und gefälschten Beweismitteln wird das System zur Waffe. Dies stellt den "Totalausfall der Pflichtverteidigung" dar.

3.5 Militärische Infiltration der Justiz

Die Dokumente erheben den Vorwurf einer "militärischen Infiltration der zivilen Justiz" durch die Polizistin Nadine Rupper. Es wird behauptet, sie agiere in einer verfassungswidrigen Mehrfachrolle als Feldweibel in militärischen Strukturen, als Ermittlungsführerin bei der Kriminalpolizei, mit operativen Befugnissen bei der Stadtpolizei Zürich und in der verfahrenssteuernden Koordination mit der Staatsanwaltschaft. Diese Vermischung militärischer und ziviler Befugnisse wird als direkter Angriff auf die Gewaltenteilung und die demokratische Grundordnung dargestellt. Die Anwendung von Techniken der psychologischen Kriegsführung (PsyOps), die normalerweise gegen äussere Feinde gerichtet sind, gegen eine Zivilperson wird als Überschreitung der Grenze zum Polizeistaat gewertet.

3.6 Fortgesetzte Schikanen nach der Haftentlassung

Die Schikanen wurden nach der Entlassung fortgesetzt. Dazu zählten mehrere Polizeibesuche und die Einleitung eines Strafverfahrens gegen Nicolas Loosli wegen einer bei der Hausdurchsuchung sichergestellten Schmuckkiste. Der entsprechende Strafbefehl wurde ihm erst nach Ablauf der Einspruchsfrist zugestellt, um eine rechtzeitige Anfechtung zu verhindern.

Kapitel 4: Administrative Strangulierung und systemische Obstruktion (2025)

4.1 Die "Administrative Guillotine": Unia und das Betreibungsamt

In der letzten dokumentierten Phase verlagerte sich der Fokus zurück auf die finanzielle Ebene, wobei nun quasi-staatliche Verwaltungsorgane eingesetzt wurden, um den Druck zu maximieren.

Der Ablauf der Ereignisse im März 2025 ist chronologisch aufschlussreich:

- **21. März 2025:** Das Betreibungsamt Sihltal sendet eine Mitteilung an die Arbeitslosenkasse Unia. Diese Mitteilung basiert auf unbestätigten Behauptungen, Nicolas Loosli sei als Arzt in Deutschland tätig und erhalte verdächtige TWINT-Zahlungen.
- **25. März 2025:** Die Seegarten Klinik verweigert eine fällige Zahlung an Nicolas Loosli und beruft sich auf eine "Pfändungsverfügung", die zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht existiert.
- **26. März 2025:** Das Betreibungsamt Sihltal stellt die besagte Pfändungsverfügung aus – einen Tag, *nachdem* die Klinik sich darauf berufen hat.

Diese chronologische Unmöglichkeit deutet stark auf eine Koordination und Kollusion zwischen dem Privatunternehmen und der staatlichen Verwaltungsbehörde hin. Basierend auf dieser rechtlich nichtigen Anzeige stellt die Unia von April bis Juli 2025 alle Taggeldzahlungen an Nicolas Loosli ein. Zudem unterliess die Behörde eine Neuberechnung des Existenzminimums und verletzte damit elementare Betreiberschutzvorschriften.

In der Folge, von Juni bis Juli 2025, sollen Mitarbeiter der Unia (namentlich Patrice Schneider und Timur Öztürk) eine Kampagne der Desinformation und des Gaslightings geführt haben. Sie lieferten eine Reihe widersprüchlicher und chronologisch unmöglicher Begründungen für ihre Handlungen. So erfand Schneider ein nicht existentes Dokument von einem "Herrn Widmer" vom 13. Juni 2025 als Quelle der Anschuldigungen. Als diese Begründung widerlegt wurde, behauptete Öztürk am 1. Juli 2025, der Grund seien fehlende Formulare für Mai und Juni gewesen, obwohl der Zahlungsstopp bereits im April erfolgt war.

Dieses Muster – zuerst handeln und später eine fehlerhafte Rechtfertigung konstruieren – ist eine wiederkehrende Taktik. Es zeugt von einem Gefühl der Straflosigkeit und dient als mächtiges Werkzeug der psychologischen Kriegsführung. Es zielt darauf ab, den Willen des Ziels zu brechen, indem die irrationale und willkürliche Natur der Macht demonstriert wird, der es ausgesetzt ist.

4.2 Systemische Obstruktion: Der "geschlossene Zuständigkeitszirkel"

Dieser Abschnitt dokumentiert die Versuche der Looslis, auf offiziellem Weg Abhilfe zu schaffen, und das systematische Versagen oder die Weigerung der Aufsichtsbehörden, einzugreifen.

Am 10. Juli 2025 reichten Tina und Nicolas Loosli eine Verdachtsmeldung bei der eidgenössischen Meldestelle für Geldwäscherei (MROS) ein, die sich auf das Vorgehen der Zürcher Polizei bezog. Die MROS antwortete noch am selben Tag, lehnte die Zuständigkeit ab und verwies sie an die kantonalen Strafverfolgungsbehörden – genau jene Instanzen, über die sie sich beschwerten.

Dieses Ereignis ist symptomatisch für eine breitere Erfahrung. Von 2024 bis heute sollen alle kontaktierten Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden (kantonale Staatsanwaltschaft, Bundesanwaltschaft, Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft) sich für nicht zuständig erklärt, Anzeigen mit fiktiven Begründungen abgewiesen oder ihre eigene strukturelle Handlungsunfähigkeit eingeräumt haben.

Die Looslis folgten den korrekten rechtlichen Verfahren, um mutmassliche Verbrechen von Staatsbeamten zu melden. Das System reagierte mit Abweisung und Zuständigkeitsverlagerung. Die Antwort der MROS ist besonders bezeichnend: Die Beschwerde über die kantonale Polizei wird an die kantonalen Behörden zurückverwiesen. Dies schafft eine perfekte Schleife der Untätigkeit, den sogenannten "geschlossenen Zuständigkeitszirkel". Dies geht über einfache Bürokratie hinaus und

fungiert als effektiver systemischer Abwehrmechanismus, der für die ursprünglichen Akteure einen Zustand faktischer Straflosigkeit schafft. Diese Erfahrung deckt sich mit Berichten über die Schwierigkeiten, in der Schweiz Beschwerden gegen die Polizei einzureichen, wo Betroffene oft auf hohe Hürden und mangelnde unabhängige Untersuchungsinstanzen stossen.

Kapitel 5: Matrix der mutmasslichen psychologischen Kriegsführungstaktiken

Die vorgelegten Analysedokumente charakterisieren die beschriebenen Ereignisse nicht als eine Reihe von unzusammenhängenden administrativen Fehlern oder persönlichen Konflikten, sondern als eine kohärente Kampagne, die etablierten Doktrinen der psychologischen Kriegsführung folgt. Die Begriffe "PsyOps", "Zersetzung" und "MKUltra" werden nicht nur als Schlagworte verwendet, sondern durch Verweise auf anerkannte Quellen, darunter Publikationen der ETH Zürich und der Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift, in einen realen, dokumentierten Kontext gestellt, was den Vorwürfen eine fundierte Basis verleiht. Die folgende Tabelle systematisiert diese Vorwürfe, indem sie spezifische Handlungen den in den Dokumenten definierten Taktiken zuordnet.

Taktik	Definition	Spezifische Handlung/Zitat	Akteur(en)	Datum
Schwarze Propaganda & Beweisfabrikation	Die bewusste Erfindung einer falschen Informationsquelle, um die wahre, rechtlich unhaltbare Quelle zu verschleiern und eine neue, scheinbar legitime Grundlage für das eigene Vorgehen zu schaffen.	Behauptung, die Quelle der Anschuldigungen sei eine "Beschwerdeantwort an Sie, von Herrn Widmer vom 13.06.2025", ein Dokument, das nachweislich nicht existiert.	Patrice Schneider (Unia)	20.06.2025
Gaslighting & Konstruktion falscher Tatsachen	Das ständige Ändern der Argumentation, um die Wahrnehmung und das Gedächtnis des Ziels in Zweifel zu ziehen und es psychologisch zu zermürben.	Erfindung eines neuen, chronologisch unmöglichen Grundes für die Leistungseinstellung: "Sie haben uns das Formular AVP nicht gesendet...", obwohl die Einstellung Monate vor Fälligkeit der Formulare erfolgte.	Timur Öztürk (Unia)	01.07.2025
Institutionelles Gaslighting & Desinformation	Die Konstruktion einer falschen Realität durch staatliche Akteure, um die Zielperson zu diskreditieren und an ihrer eigenen Wahrnehmung zweifeln zu lassen.	Verbreitung der Falschinformation über Medien, das "La Reina del Flow 2"-Logo sei "seit 20 Jahren bekannt", obwohl es erst seit 2021 existiert.	Polizei Zürich (Dannacher), Journalist K. Schwarzenbach	26.10.2024
Kafkaeske Doppelbindung (Double-Bind)	Die Zielperson wird in eine logisch unauflösbare, widersprüchliche Situation gezwungen.	Mitteilung: "da Sie die Vorwürfe abstreiten, haben wir keine Wahl, Sie zu disziplinieren."	Timur Öztürk (Unia)	01.07.2025

	paradoxe Situation gebracht, in der jede Handlung falsch ist, um ein Gefühl totaler Machtlosigkeit und Lähmung zu erzeugen.	wir die Abklärungen diesbezüglich abgeschlossen", gefolgt von der Ankündigung, dass die Zahlungen trotzdem weiterhin einbehalten werden. Das Opfer wird für unschuldig erklärt, aber dennoch bestraft.		
Prozeduraler Missbrauch & Rechtsverweigerung	Die Umkehrung der Beweislast und die Instrumentalisierung gesetzlicher Pflichten als Waffe. Der Dialog wird verweigert, um Isolation und Hilflosigkeit zu erzeugen.	Forderung nach Widerlegung von Vorwürfen bei gleichzeitiger Weigerung, die Beweismittel offenzulegen. Ankündigung, auf weitere Korrespondenz nicht mehr zu reagieren.	Patrice Schneider (Unia)	20.06.2025
Soziale Isolation & Zersetzung	Zerstörung des sozialen und familiären Rückhalts, um die Glaubwürdigkeit zu untergraben und die psychologische Widerstandsfähigkeit zu schwächen.	Direkte Drohungen durch engste Familienmitglieder, gefolgt von plötzlichem Kontaktabbruch und der Verbreitung von Gerüchten.	Familie Loosli (Eltern, Bruder)	2018–2019
Finanzielle Strangulierung ("Administrative Guillotine")	Vollständiger Entzug der finanziellen Mittel durch administrative Willkür, um maximalen Druck zu erzeugen und Hoffnungslosigkeit zu induzieren.	Vollständige Einstellung der Taggeldzahlungen durch die Unia auf Basis einer rechtlich nichtigen "Anzeige" des Betreibungsamtes.	Betreibungsamt Sihltal, Unia Arbeitslosenkasse	April–Juli 2025

Physische Zerstörung & Folter	Einsatz von medizinischer Vernachlässigung als Mittel der Zermürbung und potenziellen Tötung in staatlicher Obhut.	Systematische Verweigerung der lebensnotwendigen Echinokokkose- Therapie und adäquater Ernährung in der Untersuchungshaft, was zu einem NSTEMI-Herzinfarkt führt.	Gefängnisgesundheitsdienst (GZW), StA Mlaw N. Rey	Okt.–Nov. 2024
----------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------	----------------

Kapitel 6: Dossier der Hauptakteure und Institutionen

Die Komplexität des Falles ergibt sich aus der Vielzahl der beteiligten Akteure aus unterschiedlichen Sektoren. Diese Tabelle dient als Referenz, um die Rollen und Verbindungen der zentralen Personen und Organisationen gemäss den vorliegenden Dokumenten zu verdeutlichen.

Akteur / Entität	Typ	Mutmassliche Rolle in der Kampagne	Wichtige Handlungen / Daten	Dokumentierte Verbindungen
Tina Loosli	Individuum	Primäres Ziel der Operationen	Verhaftung (19.10.2024), medizinische Vernachlässigung in Haft (Okt-Nov 2024), Einreichung von Anzeigen (z.B. MROS, 10.07.2025).	Ehefrau von Nicolas Loosli.
Nicolas Loosli	Individuum	Sekundäres Ziel, Fokus der finanziellen und beruflichen Angriffe	Lohnvorenthaltung (2020-24), Angriff auf Approbation (2023-2025), Einstellung der Taggelder (April 2025).	Ehemann von Tina Loosli, ehemaliger Arzt an der Seegarten Klinik.
Familie Loosli (Eltern, Bruder)	Individuen	Initiatoren der sozialen Isolation und psychologischen Konditionierung	Aussprechen von Drohungen und Warnungen (2018-2019), Kontaktabbruch, Beteiligung an Erbstreitigkeiten.	Engste Verwandte von Tina Loosli.
Seegarten Klinik AG	Private Körperschaft	Instrument der wirtschaftlichen Sabotage und beruflichen Zerstörung	Systematische Lohnvorenthaltung, fingierte Meldung an Ärztesgesellschaft (2020-2024).	Arbeitgeber von Nicolas Loosli; Verbindungen zum Kiwanis-Netzwerk.
Christoph Erich Marti	Individuum	Geschäftsführer der Seegarten Klinik	Verantwortlich für Lohnvorenthaltung; soll die Operation als "psychologische Kriegsführung" bestätigt haben	Geschäftsführer der Seegarten Klinik AG.

			(2023).	
Dr. John van Limburg Stirum	Individuum	Mitverantwortlicher bei der Seegarten Klinik	In den Dokumenten als Beteiligter an der wirtschaftlichen Sabotage genannt.	Leitender Arzt/Verwaltungsrat der Seegarten Klinik AG.
Kiwanis Club	Netzwerk	Mutmassliche Koordinationsplattform für Operationen	Dient als Verbindungsglied zwischen verschiedenen Akteuren (z.B. Dr. Kern, Seegarten Klinik).	Informelles Netzwerk mit Mitgliedern in Wirtschaft und Politik.
Polizei Zürich	Staatliches Organ	Durchführung der Verhaftung, Beweismittelmanipulation und Desinformation	Verhaftung von T. Loosli (19.10.2024), Wiederverwendung von Falschgeld, Falschinformationen zum Logo (2024).	Kantonale Strafverfolgungsbehörde.
Dannacher (Polizist) ist auch der Journalist Kaspar Schwarzenbach	Individuum	Leitender Ermittler, mutmasslicher Desinformations-Akteur	Durchführung der Verhaftung; soll als Journalist "Kaspar Schwarzenbach" Falschinformationen verbreitet haben (Okt. 2024).	Beamter der Polizei Zürich.
Nadine Rupper (Polizistin)	Individuum	Ermittlungsführerin, mutmassliche PsyOps-Operateurin	Soll in Mehrfachrolle als Feldweibel und Polizistin agieren; koordinierte Verhöre mit RA Haferl, Verweigerung der Protokolleinsicht am 7.11.2024	Beamtin der Polizei Zürich, Feldweibel.
Staatsanwaltschaft Zürich-Limmat	Staatliches Organ	Justizielle Instrumentalisierung und Duldung der medizinischen	Anordnung der U-Haft auf Basis von "Kollusionsgefahr", Verantwortung für die	Kantonale Strafverfolgungsbehörde.

		Vernachlässigung	Haftbedingungen.	
Mlaw N. Rey (Staatsanwalt)	Individuum	Verantwortlicher Staatsanwalt im Fall Tina Loosli	Haftanordnung, verantwortlich für die Verweigerung der medizinischen Versorgung in Haft (Okt-Nov 2024).	Staatsanwalt bei der StA Zürich-Limmat.
RA Severine Haferl	Individuum	Pflichtverteidigerin	Soll vertrauliche Informationen an die Polizei weitergegeben und die Verteidigung sabotiert haben (Nov. 2024).	Von der Justiz bestellte Pflichtverteidigerin.
Manuela Rückstuhl (Stadtammännin)	Individuum	Amtsträgerin	Erstattung einer haltlosen Strafanzeige, die zur Verhaftung führte (2024).	Stadtammännin der Stadt Adliswil.
Betreibungsamt Sihltal	Staatliches Organ	Instrument der finanziellen Strangulierung	Erstellung einer rechtlich nichtigen "Anzeige" als Grundlage für die Einstellung der Taggelder (März 2025).	Kantonale Verwaltungsbehörd e.
Unia Arbeitslosenkasse	Quasi-staatliches Organ	Durchführung der finanziellen Strangulierung und psychologischen Zersetzung	Einstellung der Taggelder, Desinformations- und Gaslighting- Kampagne (April-Juli 2025).	Vollzugsorgan der Arbeitslosenversiche rung.
Patrice Schneider & Timur Öztürk	Individuen	Mitarbeiter der Unia	Durchführung der Desinformations- und Gaslighting- Kampagne mit widersprüchlichen Begründungen (Juni- Juli 2025).	Mitarbeiter der Unia.

MROS	Staatliches Organ	Teil des systemischen Obstruktionsmechanismus	Ablehnung der Zuständigkeit für die Anzeige gegen die Polizei Zürich (10.07.2025).	Eidgenössische Meldestelle für Geldwäscherei.
-------------	-------------------	-----------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------

Kapitel 7: Juristische Gesamtwürdigung

Die in den Dokumenten geschilderten Fakten erfüllen eine Reihe von Straftatbeständen des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB) und verletzen zentrale Verfassungs- und Menschenrechte.

Strafrechtliche Tatbestände:

- **Drohung (Art. 180 StGB) und Nötigung (Art. 181 StGB):** Die wiederholten Drohungen der Familie und die Angriffe auf die berufliche Existenz zielten darauf ab, die Looslis einzuschüchtern und zu einem bestimmten Verhalten (Verlassen der Schweiz) zu zwingen.
- **Üble Nachrede/Verleumdung (Art. 173, 174 StGB):** Falsche Behauptungen gegenüber Patienten, Kollegen und Berufsverbänden (z.B. die Meldung an die Ärztesgesellschaft) schädigten den Ruf der Betroffenen nachhaltig.
- **Betrug (Art. 146 StGB):** Die arglistige Täuschung beim Erbverzichtsvertrag, um Tina Loosli um ihr Erbe zu bringen, kann als Betrug qualifiziert werden.
- **Amtsmissbrauch (Art. 312 StGB):** Mehrere Amtsträger (Stadtammännin, Beamte des Betriebsamtes, potenziell Polizisten und Staatsanwälte) stehen im Verdacht, ihre Amtsgewalt missbraucht zu haben, um den Looslis zu schaden.
- **Freiheitsberaubung (Art. 183 StGB):** Die Inhaftierung von Tina Loosli ohne ausreichenden Tatverdacht und trotz gesundheitlicher Bedenken könnte als Freiheitsberaubung durch Amtsträger gewertet werden.
- **Körperverletzung/Lebensgefährdung (Art. 122, 129 StGB) und Unterlassung der Nothilfe (Art. 128 StGB):** Die vorsätzliche Nichtbehandlung des Herzinfarkts in der Haft stellt eine schwere Körperverletzung durch Unterlassen dar und erfüllt den Tatbestand der Gefährdung des Lebens.
- **Strafvereitelung (Art. 305 StGB):** Die mutmassliche Kollaboration der Pflichtverteidigerin mit der Staatsanwaltschaft könnte als Strafvereitelung im Amt qualifiziert werden.

Verletzung von Verfassungs- und Menschenrechten:

Die Handlungen verletzen eine Reihe fundamentaler Rechte, darunter das Recht auf Leben und persönliche Freiheit (Art. 10 BV), den Schutz der Privatsphäre (Art. 13 BV), die Wirtschaftsfreiheit (Art. 27 BV), die Rechtsgleichheit und das Willkürverbot (Art. 8 & 9 BV) sowie den Anspruch auf ein faires Verfahren (Art. 29 BV, Art. 6 EMRK) und das Verbot unmenschlicher Behandlung (Art. 3 EMRK).

Schlussfolgerung

Die konsolidierte Matrix der Ereignisse und die thematische Analyse der vorgelegten Dokumente zeichnen das Bild einer kohärenten und eskalierenden Kampagne systematischer Angriffe auf Tina und Nicolas Loosli. Die Handlungen sind, gemäss der Darstellung in den Quelldokumenten, nicht als isolierte Fehler oder Zufälle zu werten, sondern als eine koordinierte, mehrjährige Operation, die die Merkmale einer hybriden psychologischen Kriegsführung aufweist.

Die Verflechtung von privaten Akteuren (Familie, Arbeitgeber) mit staatlichen und quasi-staatlichen Institutionen (Polizei, Staatsanwaltschaft, Betreibungsamt, Unia, Gesundheitsdirektion) deutet auf ein tiefgreifendes, systemisches Versagen des Rechtsstaats im Kanton Zürich hin. Die Chronologie zeigt ein methodisches Vorgehen, das mit psychologischer Konditionierung, finanzieller Enteignung und sozialer Isolation beginnt, sich zur finanziellen und beruflichen Zerstörung steigert und in der direkten Instrumentalisierung des staatlichen Gewaltmonopols gipfelt.

Die schwerwiegendsten Vorwürfe betreffen die bewusste Manipulation von Beweismitteln durch die Strafverfolgungsbehörden, die gezielte gesundheitliche Schädigung einer Person in staatlicher Obhut und die mutmassliche Infiltration der Justiz durch militärische Strukturen. Diese Handlungen, sollten sie sich bewahrheiten, stellen nicht nur Verstösse gegen das Schweizerische Strafgesetzbuch (z.B. Amtsmissbrauch, Art. 312 StGB; Urkundenfälschung im Amt, Art. 317 StGB) dar, sondern auch gravierende Verletzungen fundamentaler Menschenrechte, wie sie in der Europäischen Menschenrechtskonvention garantiert sind.

Das Versagen der Aufsichtsmechanismen, wie es im "geschlossenen Zuständigkeitszirkel" zum Ausdruck kommt, schafft einen Zustand der faktischen Rechtsverweigerung und schützt die Täter vor Rechenschaft. Dieser Bericht konsolidiert die in den Dokumenten vorgebrachten Vorwürfe und Beweise und unterstreicht die Dringlichkeit einer umfassenden und unabhängigen Untersuchung zur Aufklärung der politischen und institutionellen Verantwortlichkeiten.